

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:  
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 08.Mai 2026

Sandra Redmann

**Schwarz/Grün jagt lieber Schlagzeilen als Lösungen**

**TOP 53: Regulierung invasiver Arten stärken – Nutria, Marderhund und Waschbär im Fokus (Drs. 20/4401)**

Bei dem Antrag von Schwarz/Grün fragt man sich ehrlich gesagt schon nach den ersten Zeilen, was genau ist eigentlich der politische Mehrwert?

Denn sie legen uns hier einen Antrag vor, der vor allem eines macht:

Er beschreibt ein Problem, das längst bekannt ist, begrüßt Geld, das bereits beschlossen wurde und fordert Maßnahmen, die schon laufen sollen.

Mit Verlaub, dafür braucht man keinen Landtagsantrag, dafür reicht ne Mail zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium.

Und genau deshalb ist dieser Antrag so bemerkenswert unnützlich.

Dabei ist das Thema schon wichtig.

Waschbär, Marderhund, Nutria und weitere „invasive“ Arten können tatsächlich Probleme bereiten.

Insbesondere dort, wo Deiche, Uferböschungen und wasserwirtschaftliche Anlagen betroffen sind und auch beim Wiesenvogelschutz.

Aber wenn man durchaus ernste Fragen ernsthaft lösen will, dann braucht man mehr als jagdpolitische Symbolpolitik.

Die gesamte Logik dieses Antrags lautet im Kern:

Mehr Fallen, mehr Jagd, mehr Bestandsreduktion.

Als wäre das automatisch schon eine Strategie.

Aber wo ist eigentlich die wissenschaftliche Grundlage dafür?

Wo steht denn in ihrem Antrag welche Methoden bereits überhaupt angewandt wurden, welche davon wirksam waren, welche nicht, wo evaluiert wurde, wie Erfolg gemessen werden soll, wie Reinvansionen verhindert werden sollen?

Nichts davon findet sich in ihrem Antrag.

Und das ist schon deshalb bemerkenswert, weil wir über Arten sprechen, bei denen Fachleute seit Jahren darauf hinweisen, dass reine Bejagung gerade keine nachhaltige Lösung bringt.

Der Deutsche Tierschutzbund weist beispielsweise darauf hin, dass trotz massiv steigender Jagdstrecken bei der Nutria kein dauerhafter Rückgang der Population erkennbar ist.

Warum glauben CDU und Grüne eigentlich, dass mehr vom Gleichen plötzlich andere Ergebnisse produziert?

Darauf gibt dieser Antrag null Antwort.

Stattdessen erleben wir die klassische politische Versuchung:

Ein komplexes ökologisches Problem wird auf eine einfache Parole reduziert:

„Wir jagen jetzt härter“

Das soll Entschlossenheit suggerieren, ist aber nichts weiter als Aktionismus ohne echte Lösung. Ein modernes Wildtiermanagement besteht nicht darin, möglichst viele Tiere zu erlegen.

Es bedeutet stattdessen:

Datenbasiert handeln, regional differenzieren, Wirkungen evaluieren und Maßnahmen gezielt dort einsetzen, wo tatsächlich Schäden entstehen.

Und an dieser Stelle muss man auch einmal die politische Schiefelage ihres Antrags benennen.

Wir reden über evidenzbasierte Politik und über ökologische Zusammenhänge, aber sobald es um invasive Arten geht, landet die Koalition plötzlich wieder bei der ewig gestrigen Antwort: Mehr Jagd wird's schon richten.

Das ist erstaunlich schlicht für eine Regierung, die sonst gerne den Eindruck erweckt, Umweltpolitik differenziert zu denken.

Natürlich kann Jagd in sensiblen Gebieten ein Instrument sein, aber sie darf nicht automatisch zum politischen Reflex werden.

Zudem sind viele der jetzigen Probleme menschengemacht.

Diese Arten wurden eingeführt, gehalten (z.B. zur Pelzgewinnung), und ausgesetzt.

Erst schafft der Mensch die Voraussetzungen, anschließend erklärt er das Tier zum Problem.

Was wir wirklich brauchen, sind klare Daten und klare Ziele.

Wir brauchen ein abgestimmtes Management zwischen Küstenschutz, Naturschutz, Wissenschaft, Wasserwirtschaft und Jägerschaft.

Und wir sollten auch darüber reden, wer eigentlich wo und warum die Entscheidungskompetenz hat.

Zudem müssen wir einsehen, dass manche invasiven Arten längst Teil unserer Realität geworden sind und nicht einfach wegereguliert werden können.

Daher sollte dieser Antrag heute nicht durchgewunken werden, denn er ist fachlich erschreckend eindimensional.

Es wäre klüger, diesen zunächst in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen, da können wir dann auch über Monitoring, ökologische Bewertung, Präventionsmaßnahmen, nicht letale Maßnahmen, Zuständigkeitskoordination und Evaluation sprechen.

Dann hätte der Antrag noch etwas mehr Substanz, das dürfte ja auch in ihrem Sinne sein.

